



## **Unterrichtung 19/88**

der Landesregierung

**Unterrichtung nach dem Parlamentsinformationsgesetz;  
Bund-Länder-Vereinbarungen gem. Art. 91 b Abs. 1 GG zu**

- 1. Nationale Forschungsdateninfrastruktur**
- 2. Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen an Hochschulen**
- 3. Personalgewinnung an Fachhochschulen**
- 4. Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen**
- 5. Pakt für Forschung und Innovation IV**
- 6. Nachfolge des Hochschulpaktes**
- 7. Nachfolge des Qualitätspaktes Lehre**

Die Landesregierung unterrichtet den Schleswig-Holsteinischen Landtag gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 3 Parlamentsinformationsgesetz (PIG).

Federführend ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Zuständige Ausschüsse: Bildungsausschuss, Finanzausschuss



Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Klaus Schlie  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Kiel, 14. November 2018

Ministerin

**Unterrichtung nach dem Parlamentsinformationsgesetz;  
Bund-Länder-Vereinbarungen gem. Art. 91 b Abs. 1 GG zu**

- 1. Nationale Forschungsdateninfrastruktur**
- 2. Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen an Hochschulen**
- 3. Personalgewinnung an Fachhochschulen**
- 4. Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen**
- 5. Pakt für Forschung und Innovation IV**
- 6. Nachfolge des Hochschulpaktes**
- 7. Nachfolge des Qualitätspaktes Lehre**

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 3 Parlamentsinformationsgesetz (PIG) darf ich Sie nachfolgend über die o.g. geplanten Bund-Länder-Vereinbarungen informieren. Sie werden dem deutschen Wissenschaftssystem auf vielfältige Weise deutliche Impulse geben.

Die Vereinbarungen wurden im Laufe des Jahres 2018 zwischen Bund und Ländern in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) und ihr untergeordneten Gremien erörtert.

### **1. Nationale Forschungsdateninfrastruktur**

Ziel dieses neu geschaffenen Programms ist die Erzeugung breit nutzbarer Daten"schätze" aus der rasant wachsenden Menge an Forschungsdaten. Ein standardisiertes Datenmanagement soll die Forschungsdaten über die Grenzen von Datenbanken, Fachdisziplinen und Ländern hinweg auffindbar, zugänglich, interoperabel und nachnutzbar machen.

Laufzeit: 2019 ff

Voraussichtliche Kosten: Gesamtvolumen 110 Mio. € pro Jahr

Verteilungsschlüssel Bund/Länder: noch offen.

(Vereinbarungsentwurf ist als Anlage 1 beigelegt)

### **2. Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen an Hochschulen**

Mit diesem Programm soll weiterhin die Förderung exzellenter Forschungsbauten von überregionaler Bedeutung und Großgeräte sowie die Finanzierung, inhaltliche Weiterentwicklung und nationale Koordinierung der Infrastruktur im Bereich des Hoch- und Höchstleistungsrechnens auf neuer Basis betrieben werden.

Laufzeit: 2019 ff

Voraussichtliche Kosten:

Gesamtvolumen Forschungsbauten und Großgeräte: 300 Mio. € pro Jahr

Gesamtvolumen Nationales Hochleistungsrechnen: 62,5 Mio. € pro Jahr

Verteilungsschlüssel Bund/Länder: 50/50

Verteilung zwischen den Ländern

- Forschungsbauten und Großgeräte: projektbezogen
- Nationales Hochleistungsrechnen: in den ersten 5 Jahren projektbezogen

### **3. Personalgewinnung und -entwicklung an Fachhochschulen**

Fachhochschulen sollen bessere Möglichkeiten bekommen, professorales Personal zu gewinnen. Fachhochschul-Professorinnen und -Professoren brauchen neben den akademischen Voraussetzungen (Studium, Promotion) auch noch eine mindestens 5-jährige Berufstätigkeit, davon mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs. Das Programm stellt hierfür einen Instrumentenkasten verschiedener denkbarer Fördermöglichkeiten zur Verfügung.

Laufzeit: 2020 - 2028

Voraussichtliche Kosten: Gesamtvolumen. 54 - 80 Mio. € pro Jahr

Verteilungsschlüssel Bund/Länder: noch offen

Verteilung zwischen den Ländern: projektbezogen, jedoch wurden maximale Länderkontingente vereinbart.

#### **4. Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen**

Mit diesem Programm soll die anwendungsorientierte Forschung an Fachhochschulen in den Ingenieur-, Natur-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitswissenschaften unterstützt werden. Bisher wurden in den Jahren 2006 bis 2016 rd. 1.600 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 360 Mio. € an 130 Fachhochschulen gefördert (davon je zwei an der FH Kiel und der TH Lübeck). Der Bund hat dabei die direkten Projektkosten allein finanziert, die Länder haben sich jeweils durch die Bereitstellung der Grundausrüstung ihrer staatlichen Fachhochschulen an der Finanzierung beteiligt.

Laufzeit: 2019-2023 (Verlängerung des seit 2006 laufenden Programms)

Voraussichtliche Kosten: Gesamtvolumen zwischen 55 und 110 Mio. € pro Jahr

Verteilungsschlüssel Bund/Länder: noch offen

#### **5. Pakt für Forschung und Innovation IV**

Dieser bereits bestehende Pakt soll die dynamische Entwicklung fördern, den Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft stärken, die Vernetzung vertiefen, Köpfe gewinnen und halten und die Infrastrukturen für Forschung verbessern und letztlich den Forschungsorganisationen finanzielle Planungssicherheit geben.

Laufzeit: 2021-2025

Voraussichtliche Kosten: Das Gesamtvolumen beträgt im Jahr 2020

9.270.539 T€ und durch eine 3%-ige Steigerung über fünf Jahre im Jahr 2025 10.747.095 T€

Die Verteilung dieses Volumens ist zwischen Bund und Ländern noch nicht geklärt.

(Entwurf der Vereinbarung ist als Anlage 2 beigelegt)

## **6. Nachfolge des Hochschulpaktes**

Hierbei handelt es sich um die Verstetigung der bisherigen Hochschulpakte I - III mit der Zielrichtung, die in den vergangenen Jahren hohen Kapazitäten für Studienanfänger an den Hochschulen zu halten und die Qualität der Lehre zu verbessern.

Laufzeit: 2021 - unbefristet

Voraussichtliche Kosten: Gesamtvolumen 3.600 bis 4.400 Mio. € pro Jahr

Verteilungsschlüssel Bund/Länder: 50/50

Verteilung zwischen den Ländern: noch offen

## **7. Nachfolge des Qualitätspaktes Lehre**

Hierbei handelt es sich um die Verstetigung des bisherigen Qualitätspaktes Lehre (2011-2020). Ziel der Vereinbarung ist die Erneuerungsfähigkeit der Hochschullehre sowie die Erhöhung der Sichtbarkeit und der Bedeutung der Lehre im Hochschulsystem. Dazu sollen u.a. ein strukturierter Austausch und die Vernetzung relevanter Akteure gesichert und ausgebaut und die Entwicklung und Einbettung innovativer Studien- und Lehrformate in die Hochschulstrategien gefördert werden.

Laufzeit: 2021 - unbefristet

Voraussichtliche Kosten: Gesamtvolumen voraussichtlich 200 Mio. € pro Jahr

Verteilungsschlüssel Bund/Länder: noch offen

Die Belastungen für den schleswig-holsteinischen Haushalt sind aufgrund des Verhandlungsstandes noch nicht absehbar.

Die Programme unter 1., 2. und 4. werden, sollte keines der beteiligten Länder widersprechen, am 1. Januar 2019 in Kraft treten. Die Förderung des unter 3. genannten Programms soll im Dezember 2020 beginnen.

Die übrigen Programme werden im Laufe des nächsten Jahres beschlossen und entsprechend des oben bezeichneten Laufzeitbeginns in Kraft treten. Sobald den Ländern konkrete Informationen zugegangen sein werden, wie die Programme ausgestaltet und finanziert werden sollen, wird das Parlament unverzüglich informiert.

Die Programme unter 1 - 4 werden voraussichtlich am 6. Dezember 2018 in der Ministerpräsidentenkonferenz abschließend beschlossen werden.

Wegen der langwierigen und schwierigen Verhandlungen einerseits und, da die finanziellen Konditionen noch nicht ausgehandelt sind, hoffe ich auf Ihr Verständnis, dass die Unterrichtsfrist bei diesen Programmen nicht eingehalten werden konnte.

Mit freundlichem Gruß



Karin Prien

Anlagen

Entwurf des Ausschusses

Stand: 26. September 2018

**Bund-Länder-Vereinbarung  
zu Aufbau und Förderung einer Nationalen  
Forschungsdateninfrastruktur (NFDI)**

**Präambel**

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland beschließen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, auf der Grundlage von Artikel 91b Absatz 1 GG, die folgende Verwaltungsvereinbarung zu Aufbau und Förderung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI).

Der Zugang zu digital verfügbarem Wissen und der Umgang mit Forschungsdaten aus öffentlich geförderter Wissenschaft sind zentrale Herausforderungen für Forschung und Transfer in Deutschland.

Damit aus Forschungsdaten wissenschaftlich breit nutzbare Datensätze mit gesellschaftlichem Mehrwert werden, braucht Deutschland eine NFDI.

Für neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Innovationen in Forschung und Gesellschaft ist der systematische, nachhaltige Zugang zu digitalisierten Datenbeständen unverzichtbar. Die an verschiedenen Stellen auf unterschiedliche Weise gesammelten Daten müssen so verfügbar gemacht werden, dass sie auch für Dritte leicht und geordnet auffindbar sind und über die Grenzen einzelner Datenbanken, Fachdisziplinen und Länder hinweg analysiert und verknüpft werden können. Dazu muss das Datenmanagement standardisiert sein: Nach den sogenannten FAIR-Prinzipien<sup>1</sup> sollen Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und nachnutzbar sein.

Mit der NFDI sollen die heute oft dezentral, projektförmig und temporär gelagerten Datenbestände von Wissenschaft und Forschung für das deutsche Wissenschaftssystem systematisch erschlossen werden. Die NFDI wird von Nutzern von Forschungsdaten und von Infrastruktureinrichtungen ausgestaltet, die dazu in und zwischen Konsortien zusammenarbeiten. Die NFDI soll Standards im Datenmanagement setzen und als digitaler, regional verteilter und vernetzter Wissensspeicher Forschungsdaten nachhaltig sichern und nutzbar machen. Ein solcher Wissensspeicher ist ein Standortvorteil und kann dazu beitragen, die weltweit besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anzuziehen.

Die dafür nötigen Ressourcen sollen schnell zur Verfügung stehen, gleichzeitig braucht es Flexibilität beim Aufbau einer so umfassenden Infrastruktur. Deshalb erfolgt der Start zunächst im Wege einer projektförmigen Förderung für die Dauer von fünf Jahren. Die fünf Jahre beginnen mit der ersten Mittelbewilligung für die Konsortien. Die NFDI soll im ersten Jahr des Projektförderzeitraums in einer Rechtspersönlichkeit gegründet werden. Danach soll eine institutionelle Förderung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Strukturevaluation

---

<sup>1</sup> FAIR ist ein Akronym für Findable, Accessible, Interoperable and Re-Useable. The FAIR Data Principles; <https://www.force11.org/group/fairgroup/fairprinciples>



der Projektphase durch den Wissenschaftsrat spätestens im fünften Jahr der Förderung der Konsortien erfolgen.

Dabei setzt die NFDI auf bestehende Verantwortlichkeiten auf und ergänzt die existierende Finanzierung. Davon unbenommen können derzeit projektförmige Finanzierungsmodelle in langfristige Finanzierungen überführt werden.

Durch die NFDI entsteht ein Mehrwert für das gesamte Wissenschaftssystem, denn bereits existierende Datensammlungen und Dienste sollen zum Aufbau der NFDI beitragen und integriert werden. Der Mehrbedarf für die NFDI entsteht u.a. durch diese Integration, die zu entwickelnden übergreifenden Dienste und die sich daraus ergebenden Lösungen für das Forschungsdatenmanagement in Deutschland. In den Wissenschaftsbereichen, in denen noch keine Datensammlungen und Dienste eingeführt sind, sollen Verfahren zum Datenmanagement etabliert werden. Die NFDI wird zudem einen wesentlichen Beitrag leisten zur Beantwortung neuer interdisziplinärer Forschungsfragestellungen mit hoher gesellschaftlicher Relevanz.

Die NFDI soll mit europäischen und internationalen Forschungsdateninfrastrukturen eng zusammenarbeiten, wo immer dies zum wechselseitigen Nutzen möglich ist.

## **§ 1**

### **Ziele der Förderung**

Mit der Förderung der NFDI werden die Ziele der Etablierung und Fortentwicklung eines übergreifenden Forschungsdatenmanagements und die Steigerung der Effizienz des gesamten Wissenschaftssystems verfolgt. Dazu gehören insbesondere

a) Aufbau einer koordinierten, vernetzten Informationsinfrastruktur zur Entwicklung eines nachhaltigen interoperablen Forschungsdatenmanagements;

b) Etablierung von in den wissenschaftlichen Disziplinen akzeptierten Prozessen und Verfahren zum standardisierten Umgang mit Forschungsdaten;

c) Schaffung eines verlässlichen und nachhaltigen Dienste-Angebots, welches übergreifende und fachspezifische Bedarfe des Forschungsdatenmanagements in Deutschland abdeckt;

d) Entwicklung disziplinübergreifender Metadatenstandards zur flächendeckenden (Nach-) Nutzbarkeit von Forschungsdaten;

e) Anbindung der deutschen Forschungsdateninfrastrukturen an europäische und internationale Plattformen;

f) Optimierung der Nachnutzbarkeit bereits erhobener Forschungsdaten wie auch der Infrastrukturen, in die sie eingebettet sind; dadurch Generierung zusätzlichen Wissens ohne den hohen Aufwand einer Datenneuerhebung;

g) Schaffung einer gemeinsamen Basis für Datenschutz sowie der Souveränität, Integrität, Sicherheit und Qualität von Daten.

76  
77

## **§ 2 Ausgestaltung der NFDI**

78 In der NFDI wirken Konsortien, die Konsortialversammlung, der Wissenschaftliche Senat  
79 sowie das Direktorat zusammen. Die Mitgliedseinrichtungen in den Konsortien arbeiten in  
80 einer vernetzten Struktur unter Wahrung ihrer rechtlichen Selbstständigkeit zusammen.

81  
82

## **§ 3 Gegenstand der gemeinsamen Förderung**

83 (1) Bund und Länder fördern die NFDI gemeinsam.

84 (2) Die Förderung der NFDI setzt sich zusammen aus der Förderung der Konsortien mit ih-  
85 rem NFDI-bedingten Mehrwert und des Direktorats. Das Direktorat wird zunächst an einer  
86 bestehenden wissenschaftlichen Einrichtung oder Hochschule angesiedelt, die sowohl wis-  
87 senschaftlich ausgewiesen ist als auch Erfahrungen mit dem Betrieb von einrichtungsüber-  
88 greifenden Infrastrukturen hat. Dazu führen Bund und Länder ein Interessenbekundungsver-  
89 fahren durch. Das Direktorat der NFDI soll spätestens im ersten Jahr des Projektförderzeit-  
90 raumes der Konsortien in eine dafür zu gründende Rechtspersönlichkeit überführt und der  
91 Sitz des Direktorats festgelegt werden.

92 (3) Die Förderung beinhaltet auch die Kosten des Verfahrens und der Evaluation sowie einer  
93 möglichen wissenschaftlichen Begleitforschung zu strukturellen Fragen der NFDI.

94  
95

## **§ 4 Antragsberechtigung**

96 (1) Antragsberechtigt mit dem Ziel, als Konsortien gefördert zu werden, sind Verbünde, die  
97 staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtun-  
98 gen, Ressortforschungseinrichtungen, Akademien und andere öffentlich geförderte Informa-  
99 tionsinfrastruktureinrichtungen oder weitere entsprechende Akteure umfassen können. Eine  
100 Beteiligung einzelner Einrichtungen an mehreren Konsortien ist möglich.

101 (2) Antragsberechtigt für die Förderung des Direktorats ist die Trägereinrichtung, an der das  
102 Direktorat angesiedelt ist. Nach Gründung einer Rechtspersönlichkeit ist diese antragsbe-  
103 rechtigt.

104  
105

## **§ 5 Förderkriterien**

106 Kriterien für die Förderung von Konsortien sind:

107 a) fachliche Relevanz und Qualität der geplanten Maßnahmen;

108 b) erwartbarer Mehrwert für die Entwicklung disziplinübergreifender Metadatenstandards und  
109 die Schaffung eines verlässlichen und nachhaltigen Dienste-Angebots im Konsortium;

110 c) die Verankerung des Konsortiums in der jeweiligen Fachgemeinschaft und Einbindung der  
111 relevanten Partner;

- 112 d) strukturelle Bedeutung für die NFDI und das Wissenschaftssystem;  
113 e) Effizienz und Nachhaltigkeit;  
114 f) internationale Anschlussfähigkeit;  
115 g) ein stimmiges Konzept zu Datennutzung und -zugang sowie Auffindbarkeit und Nachnutz-  
116 barkeit der Daten, welches entlang der FAIR-Prinzipien ausgerichtet ist;  
117 h) ein den Bedürfnissen von Nutzern und Anbietern angemessenes Betriebsmodell (ggf. ein-  
118 schließlich moderater Nutzungsgebühren).

## § 6

### Verfahren

121 (1) Bund und Länder beabsichtigen, in der anfänglichen Projektförderphase in drei Aus-  
122 schreibungsrunden die Auswahl von insgesamt bis zu 30 Konsortien vorzunehmen.

123 (2) Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) führt das Verfahren zur Begutachtung der  
124 Konsortien nach Maßgabe dieser Vereinbarung durch. Die Begutachtung folgt den Prinzipien  
125 eines wissenschaftsgeleiteten Verfahrens. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK)  
126 entscheidet auf Grundlage der Förderempfehlung der DFG. Voraussetzung für die Förderung  
127 von Konsortien im Rahmen der NFDI ist ein positives Votum aus dem Begutachtungsverfah-  
128 ren.

129 (3) Zur Durchführung des Begutachtungsprozesses setzt die DFG im Benehmen mit Bund  
130 und Ländern ein Expertengremium NFDI ein. Zu dessen Aufgabe gehören insbesondere die  
131 Bewertung der Anträge auf der Grundlage einer fachwissenschaftlichen und infrastrukturbe-  
132 zogenen Begutachtung sowie die Formulierung der Förderempfehlungen an die GWK. Das  
133 Expertengremium setzt sich zusammen aus in der Forschung auf verschiedenen Wissen-  
134 schaftsbereichen ausgewiesenen Expertinnen und Experten, die auch über langjährige Erfah-  
135 rung im Ausland, im Wissenschaftsmanagement, in wissenschaftlichen Infrastrukturen oder  
136 in der Wirtschaft verfügen.

## § 7

### Entscheidungen durch Bund und Länder

139 (1) Die GWK trifft alle grundsätzlichen finanzwirksamen Entscheidungen zur NFDI. Sie be-  
140 schließt auf der Grundlage der Begutachtungsergebnisse über die Aufnahme von Konsortien  
141 in die NFDI-Förderung sowie deren Ausscheiden aus der Förderung. Die GWK entscheidet  
142 in der Projektförderphase über die jeweilige Förderhöhe jedes einzelnen Konsortiums im  
143 Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auf der Grundlage von § 8 Absatz 2.

144 (2) Die GWK entscheidet in der Projektförderphase über die Höhe der finanziellen Zuwen-  
145 dungen an das Direktorat auf der Grundlage eines Antrags im Rahmen der nach § 8 Ab-  
146 satz 3 zur Verfügung stehenden Mittel.

147 (3) Die GWK entscheidet über die Rechtsform und den Sitz der NFDI.

(4) Die GWK setzt die Direktorin/den Direktor der NFDI ein auf Vorschlag einer unter Einbeziehung wissenschaftlicher und wissenschaftsorganisatorischer Expertise eingerichteten Findungskommission. Ist die NFDI als eigene Rechtspersönlichkeit gegründet, geht diese Aufgabe auf das Aufsichtsgremium der NFDI über.

## § 8

### Mittelbereitstellung, Art und Umfang der Förderung

(1) Bund und Länder stellen, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch ihre gesetzgebenden Körperschaften, im Zeitraum von 2019 bis 2026<sup>2</sup> bis zu 110 Mio. Euro p. a. **[Bund nur vorbehaltlich eines Finanzierungsschlüssels 50:50 bei § 8]** im Endausbau für die Projektförderung der NFDI zur Verfügung. In dieser Summe enthalten sind neben den Kosten der Förderung von Konsortien und Direktorat einschließlich Programmpauschalen auch die Kosten des Verfahrens und der Evaluation sowie einer möglichen wissenschaftlichen Begleitforschung zu strukturellen Fragen der NFDI. Investitionsausgaben sind nur in Ausnahmefällen zuwendungsfähig.

(2) Für die Förderung von Konsortien stellen Bund und Länder Mittel in Höhe von bis zu 105 Mio. Euro p. a. **[Bund nur vorbehaltlich eines Finanzierungsschlüssels 50:50 bei § 8]** im Endausbau zur Verfügung. Je Konsortium ist antragsabhängig eine Förderung von in der Regel 2 bis 5 Mio. Euro pro Jahr vorgesehen. Zur Förderung der Konsortien werden Zuwendungen in der Projektförderphase im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Zuwendungsfähig sind die für die Projektdurchführung zusätzlich entstehenden Personal-, Sach- und Betriebsausgaben sowie Ausgaben für projektbezogene Aufträge. Die in den Konsortien vertretenen Akteure erbringen Eigenleistungen für das Forschungsdatenmanagement.

(3) Für das Direktorat stellen Bund und Länder Mittel in Höhe von jährlich bis zu 2,5 Mio. Euro **[Bund nur vorbehaltlich eines Finanzierungsschlüssels 50:50 bei § 8]**, beginnend mit dem Jahr 2019, zur Verfügung. Das Direktorat wird zunächst als Projekt bis Ende 2024 gefördert. Die Förderung an das Direktorat erfolgt als Zuwendung durch das BMBF. Die Länder weisen ihre anteiligen Finanzmittel auf jährlicher Basis dem Bund zu. Zur Förderung des Direktorats mit seiner Geschäftsstelle werden die Sach- und Personalausgaben im Wege der Projektförderung als nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt. Die Beantragung und Bewilligung der Zuwendung erfolgen auf der Grundlage eines Projektantrags. Die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung erfolgt über das BMBF. Nach Ende der Projektphase soll eine institutionelle Förderung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Evaluierung der Projektphase durch den Wissenschaftsrat spätestens im fünften Jahr erfolgen. Einzelheiten der institutionellen Förderung werden in der Fortschreibung dieser Bund-Länder-Vereinbarung geregelt werden.

(4) Bund und Länder stellen während der Projektförderphase im Rahmen einer jährlichen Sonderfinanzierung an die DFG die Mittel für die Förderung der Konsortien zur Verfügung.

---

<sup>2</sup> Aufgrund der zeitlich versetzten drei Ausschreibungsrunden der Konsortien endet die projektförmige Förderung der Konsortien der dritten Ausschreibungsrunde im Dezember 2026. Davon unbenommen ist das Ziel der institutionellen Förderung der NFDI im fünften Jahr des Projektförderzeitraums der Konsortien.



187 Die Mittel werden im Rahmen einer flexiblen Mittelbewirtschaftung zur Verfügung gestellt.  
188 Bund und Länder werden sich bemühen, nicht ausgegebene Mittel im Rahmen der für die  
189 Förderfälle gegebenen Finanzierungszusagen erneut zur Verfügung zu stellen. Die Zuwen-  
190 dung an die Konsortien erfolgt in der Projektförderphase durch die DFG. Die Prüfung der  
191 zweckentsprechenden Verwendung erfolgt über die DFG.

192 (5) Die Mittel werden vom Bund und von den Ländern im Verhältnis  
193 **[Bund: 50:50/Länder: 90:10]** getragen. Die Länder erbringen ihren Anteil nach dem König-  
194 steiner Schlüssel.

195 (6) Bund und Länder tragen die Kosten des Verfahrens, insbesondere die Verwaltungskos-  
196 ten bei der DFG und die Kosten der Evaluation sowie einer möglichen wissenschaftlichen  
197 Begleitforschung zu strukturellen Fragen der NFDI im Verhältnis  
198 **[Bund: 50:50/Länder: 90:10]**; die Länder tragen ihren Anteil nach dem Königsteiner  
199 Schlüssel.

200 (7) Die DFG und das BMBF stellen bei der Bewilligung in geeigneter Weise dar, dass es sich  
201 um eine gemeinsame Förderung von Bund und Ländern handelt.

## 202 § 9 203 Konsortien

204 (1) Konsortien sind auf langfristige Zusammenarbeit angelegte Zusammenschlüsse von Nut-  
205 zern und Anbietern von Forschungsdaten wie staatliche und staatlich anerkannte Hochschu-  
206 len, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Ressortforschungseinrichtungen, Akade-  
207 mien und anderen öffentlich geförderten Informationsinfrastruktureinrichtungen. Sie sind in  
208 der Regel nach Fachgruppen bzw. Methoden organisiert, ohne Vorgaben für ihre institutio-  
209 nelle Zusammensetzung.

210 (2) Die Konsortien definieren ihre Zusammenarbeit und wählen aus ihrer Mitte eine Spreche-  
211 rin/einen Sprecher, die/der das Konsortium in der Konsortialversammlung vertritt. Die Mit-  
212 gliedseinrichtungen innerhalb eines Konsortiums schließen Kooperationsvereinbarungen, in  
213 denen sie sich auf gemeinsame Ziele und Meilensteine verständigen und festlegen, wer  
214 Empfänger der Zuwendung ist, wie der Mittelfluss innerhalb des Konsortiums geregelt wird  
215 und durch wen die Verwendung der Mittel gegenüber den Zuwendungsgebern nachgewie-  
216 sen wird.

217 (3) Die Konsortien setzen die in den Anträgen formulierten und durch die Begutachtung bzw.  
218 Förderentscheidung bestätigten Maßgaben um und wirken dabei mit den Gremien der NFDI  
219 zusammen.

220 (4) Die Konsortien stellen die Sprech- und Handlungsfähigkeit in der Partnerschaft zwischen  
221 wissenschaftlicher Fachgemeinschaft und beteiligten Infrastrukturbetreibern her; sie entwi-  
222 ckeln und fördern eine Kultur des Daten-Teilens und der Informationskompetenz gemäß den  
223 FAIR-Prinzipien; sie tragen Sorge dafür, dass technische Dienste für die Datenbereitstellung,  
224 -archivierung und -erschließung aufgebaut, gepflegt und die dafür notwendigen Datenspei-  
225 cherungs- und Hardware-Kapazitäten zur Wahrnehmung der nationalen Aufgaben angepasst  
226 werden.

227  
228

## **§ 10 Konsortialversammlung**

229 (1) Die Konsortialversammlung besteht aus den gewählten Sprecherinnen/Sprechern jedes  
230 Konsortiums. Sie bestimmt die inhaltlich-technischen Grundsätze für die übergeordnete Ar-  
231 beit der Konsortien.

232 (2) Die Konsortialversammlung sorgt für einen konsortienübergreifenden Austausch; sie un-  
233 terbreitet dem Wissenschaftlichen Senat Entscheidungsvorschläge zu konsortienübergrei-  
234 fenden Standards, Metadatenstandards und Formaten; sie definiert die Rahmenbedingungen  
235 zur Umsetzung der vom Wissenschaftlichen Senat bestimmten Standards in den Konsortien  
236 und die Schnittstellen für generische Dienste in den beteiligten Diensten.

237 (3) Die Konsortialversammlung nimmt Stellung zu strategischen Fragen der NFDI und zur  
238 Einbindung der NFDI in internationale Entwicklungen.

239 (4) Die Konsortialversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, die initial der Zustimmung  
240 von Bund und Ländern bedarf.

241  
242

## **§ 11 Wissenschaftlicher Senat**

243 (1) Der Wissenschaftliche Senat ist das inhaltlich-strategische Gremium der NFDI und insbe-  
244 sondere verantwortlich für die strategische Gesamtausrichtung der NFDI, unter Berücksichti-  
245 gung der Auswirkungen auf das Wissenschaftssystem.

246 (2) Der Wissenschaftliche Senat entscheidet auf Vorschlag der Konsortialversammlung über  
247 konsortienübergreifende Standards, Metadatenstandards und Formate.

248 (3) Der Wissenschaftliche Senat berät auf Basis einer regelhaften Berichtslegung aus den  
249 Konsortien die Projektfortschritte der Konsortien unter Berücksichtigung der übergeordneten  
250 Ziele der NFDI und entscheidet über die Aufnahme und Integration von übergreifenden  
251 Diensten in die NFDI.

252 (4) Der Wissenschaftliche Senat besteht aus insgesamt 13 Personen. Er setzt sich zusam-  
253 men aus dem Direktor/der Direktorin als dem/der Vorsitzenden; vier Vertreterinnen und Ver-  
254 tretern der Konsortialversammlung, die aus ihrer Mitte benannt werden; vier Expertinnen und  
255 Experten aus Mitgliedseinrichtungen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, die von  
256 der Allianz benannt werden, sowie weiteren vier von der GWK benannten Expertinnen und  
257 Experten. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Senats werden durch die GWK ernannt.

258 (5) Der Wissenschaftliche Senat gibt sich eine Geschäftsordnung, die initial der Zustimmung  
259 von Bund und Ländern bedarf.

260  
261

## **§ 12 Direktorat**

262 (1) Die NFDI hat eine Direktorin/einen Direktor nebst einer Geschäftsstelle (Direktorat). Die  
263 Geschäftsstelle unterstützt die Tätigkeit der gesamten NFDI. Die Direktorin/der Direktor soll

264 eine Expertin/ein Experte aus dem Bereich der Wissenschaft sein und wird für die Dauer von  
265 fünf Jahren berufen. Im Direktorat sollen weiterhin Persönlichkeiten mit kaufmännischem,  
266 juristischem und informationstechnischem Sachverstand vertreten sein. Der Direktor/die Di-  
267 rektorin ist zugleich Vorsitzender/Vorsitzende des Wissenschaftlichen Senats.

268 (2) Die Direktorin/der Direktor steuert die NFDI auf der Grundlage der Entscheidungen und  
269 Beratungen des Wissenschaftlichen Senats und der Konsortialversammlung sowie unter  
270 Beachtung der zuwendungsrechtlichen Bestimmungen. Sie/er kann dem Wissenschaftlichen  
271 Senat und der Konsortialversammlung Themen zur Beratung und Entscheidung vorlegen.  
272 Des Weiteren koordiniert sie/er die NFDI-weite Zusammenarbeit, nimmt die Interessen der  
273 NFDI wahr, bereitet die Vereinbarungen mit den Konsortien vor und überwacht deren Einhal-  
274 tung.

275 (3) Die Direktorin/der Direktor vertritt die NFDI nach innen und außen.

### 276 § 13 277 Evaluation

278 (1) Um die Wirksamkeit der NFDI zu überprüfen, soll der Wissenschaftsrat eine Struktureva-  
279 luation zur Frage durchführen, inwieweit die in § 1 definierten Ziele erreicht sind bzw. erreicht  
280 werden können.

281 (2) Der Direktor/die Direktorin übersendet der GWK bis zum 31. August 2022 einen Bericht  
282 über seine/ihre Erfahrungen mit der strukturellen Gestaltung der NFDI einschließlich Gremi-  
283 en und Governance und deren Auswirkung auf die inhaltliche Arbeit hinsichtlich der Ziele der  
284 NFDI nach § 1. Bund und Länder bitten den Wissenschaftsrat, die NFDI zu evaluieren und  
285 dabei Zielerreichung, Wirksamkeit und die Steigerung der Effizienz zu untersuchen und  
286 ihnen das Ergebnis dieser Strukturevaluation bis zum 31. Dezember 2023 vorzulegen.

287 (3) Die Konsortien werden in regelmäßigen Abständen durch die DFG evaluiert. Auf der  
288 Grundlage der Evaluation entscheiden Bund und Länder in der GWK über die weitere Zuge-  
289 hörigkeit zur NFDI, eine weitere Förderung sowie gegebenenfalls über eine Verstetigung der  
290 Dienste oder ein Ausscheiden aus der NFDI. Wird die gemeinsame Förderung eingestellt,  
291 erhält das Konsortium eine degressive, auf höchstens 2 Jahre begrenzte Auslauffinanzierung  
292 von Bund und Ländern.

### 293 § 14 294 Laufzeit, Verstetigung, Inkrafttreten

295 (1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann mit einer Kündi-  
296 gungsfrist von zwei Jahren zum Ende des Kalenderjahres, jedoch erstmals nach der Struk-  
297 turevaluation durch den Wissenschaftsrat gekündigt werden.

298 (2) Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Strukturevaluation durch den Wissenschafts-  
299 rat gemäß § 13 schreiben Bund und Länder vor dem Übergang in die institutionelle Förde-  
300 rung (spätestens im fünften Jahr der Laufzeit der ersten Kohorte der Konsortien) diese Ver-  
301 einbarung entsprechend fort.

302 (3) Diese Vereinbarung tritt nach Beschlussfassung durch die GWK zum 1. Januar 2019 in  
303 Kraft.



### Vorgesehene zeitliche Abfolge beim Aufbau der NFDI

[illegible]

Ausschuss der GWK

**Diskussionspapier des Ausschusses der GWK  
zu den forschungspolitischen Zielen von Bund und Ländern  
zum Pakt für Forschung und Innovation IV in den Jahren 2021-2025**

Stand 26. September 2018

Bund und Länder haben den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) 2005 erstmals geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Mit seiner Kombination aus gemeinsamen forschungspolitischen Zielen, finanzieller Planungssicherheit und verbesserten Rahmenbedingungen sorgt der Pakt für ein stabiles Wachstum und eine positive Entwicklung der außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen. Der Wissenschaftsstandort Deutschland wurde durch den Pakt nachhaltig gestärkt und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit hat sich erkennbar verbessert. Das deutsche Wissenschaftssystem gehört heute zu den leistungsstärksten weltweit. Der jährliche Monitoring-Bericht untermauert den Beitrag, den der PFI dazu geleistet hat. Von dieser Position der Stärke hat auch die deutsche Wirtschaft im Rahmen des Technologietransfers und vielfältiger Kooperationsprojekte profitiert.

Bund und Länder wollen für die gemeinsam geförderten **Wissenschaftsorganisationen mit einer Fortschreibung des Paktes für die Jahre 2021 bis 2025 weiterhin optimale Rahmenbedingungen schaffen und das Wissenschaftssystem weiterentwickeln**. Dazu dienen die **forschungspolitischen Ziele** in einem PFI IV (2021 – 2025), die die Leitplanken für das Handeln der Wissenschaftsorganisationen bilden und wichtige Punkte für deren Weiterentwicklung adressieren. Für international wettbewerbsfähige Forschung sind stabile Rahmenbedingungen von großer Bedeutung – Bund und Länder streben daher auch mit dem PFI IV an, den Wissenschaftsorganisationen langfristige finanzielle Planungssicherheit zu gewähren und durch einen jährlichen Aufwuchs abzusichern. Gleichzeitig gilt es, neue Entwicklungen aufzugreifen. Unter anderem bieten der digitale Wandel und die fortschreitende Vernetzung über Wissenschaftsbereiche und institutionelle Grenzen hinweg den Wissenschaftsorganisationen neue Chancen.

**[Bund:** In einem **gemeinsamen Strategieraum** im Rahmen des PFI wollen wir einen Teil der Mittel im Wettbewerb vergeben und so die verteilten Stärken der Wissenschaftsorganisationen für die forschungspolitischen Ziele in übergreifenden Maßnahmen bündeln und gemeinsame Neuentwicklungen ermöglichen.]

Forschungspolitische Ziele

Die forschungspolitischen Ziele des Paktes sind auf zwei Ebenen, allgemein und organisationsspezifisch, formuliert. In Zielvereinbarungen verpflichten sich die Organisationen auf die allgemeinen und spezifischen Ziele und entwickeln organisationsspezifische Maßnahmen zu deren Umsetzung. Die Organisationen werden **regelmäßig die Erreichung der Ziele nachvollziehbar und anhand aussagekräftiger Indikatoren darlegen. Bund und Länder werden die Zielerreichung im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskon-**

39 *ferenz (GWK) und in den Gremien der Wissenschaftsorganisationen und ihrer Ein-*  
40 *richtungen eng begleiten.*

41 *I. Die allgemeinen forschungspolitischen Ziele bilden die Leitplanken für das strate-*  
42 *gische Handeln der Wissenschaftsorganisationen.*

### 43 **1. Dynamische Entwicklung fördern**

44 Forschung bewegt sich an den Grenzen des Wissens und bisweilen an den  
45 Grenzen des Machbaren und ist im positiven Sinne mit Risiken verbunden. Die  
46 Wissenschaftsorganisationen werden daher für das Aufgreifen risikoreicher  
47 Forschung Freiräume schaffen und passende Instrumente stärken und ggf. neu  
48 entwickeln.

49 Um relevante Erkenntnisse zu erzielen, identifizieren und erschließen die Wis-  
50 senschaftsorganisationen frühzeitig, auch zusammen mit den Hochschulen, neue  
51 Fragestellungen. Interne strategische Prozesse und organisationsübergreifende  
52 Abstimmung, Vernetzung und Vermittlung sind dazu essentiell. Um die Chancen  
53 der Digitalisierung der Wissenschaft zu nutzen, ermöglichen die Organisationen  
54 verstärkt den Zugang und die Nutzung digitaler Informationen, insbesondere  
55 durch den Ausbau von open access und open data.

### 56 **2. Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft stärken**

57 Die Akteure in Wissenschaft und Forschung tragen eine große gesellschaftliche  
58 Verantwortung, denn ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem bildet den Nähr-  
59 boden für Innovationen und stellt Handlung- und Entscheidungswissen für die  
60 Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen bereit. Der Transfer  
61 und die Nutzbarmachung von Ideen, Forschungsergebnissen und Wissen durch  
62 intensiven Austausch der Wissenschaft mit Wirtschaft, Gesellschaft und Politik  
63 nehmen daher in den Organisationen einen hohen Stellenwert ein; dazu entwi-  
64 ckeln sie auch neue Instrumente. Der Transferbegriff wird dabei breit verstanden  
65 und an die jeweiligen Ziele der Wissenschaftsorganisationen angepasst. Durch in-  
66 terne Anreizsysteme wird ein erfolgreicher Transfer anerkannt und gefördert. Die  
67 Transferaktivitäten - insbesondere der Technologietransfer - ermöglichen - wo ein  
68 wirtschaftlicher Bezug gegeben ist - noch intensiver Innovationen und Ausgrün-  
69 dungen und werden strategisch auch auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU)  
70 ausgerichtet.

71 Die aktive Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in den Forschungsprozess  
72 wird ausgebaut. Eine ausgeprägte Wissenschaftskommunikation ist essentiell für  
73 die hohe Wertschätzung von Wissenschaft in der Gesellschaft und findet als Lei-  
74 stung der Wissenschaft in den Anreizsystemen der Wissenschaftsorganisationen  
75 Anerkennung.

76

### **3. Vernetzung vertiefen**

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

Die Organisationen werden sich untereinander sowie mit Hochschulen und Unternehmen intensiver vernetzen. Aufbauend auf den bisherigen, erfolgreichen Maßnahmen wie gemeinsamen Berufungen, Kooperationsverträgen, kooperativen Forschungsprojekten, gemeinsamen Infrastrukturplattformen und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden die Wissenschaftsorganisationen gemeinsam mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und weiteren Partnern u.a. mit der Etablierung von integrierten, regionalen Campus-Strategien einen wesentlichen weiteren Schritt in der Entwicklung der Zusammenarbeit aller relevanten Partner vor Ort gehen, konkrete Campus-Strukturen schaffen und damit die noch bestehenden Hürden weiter abbauen. Die Zusammenarbeit wird dabei themenzentriert und wissenschaftsgetrieben sein und die regionalen Voraussetzungen berücksichtigen. In Bezug auf internationale Kooperationen koordinieren die Wissenschaftsorganisationen und ihre Einrichtungen ihre Präsenz im Ausland stärker, treten gemeinschaftlich auf und nutzen gezielt Synergien mit weiteren deutschen sowie EU-Akteuren.

92

### **4. Die besten Köpfe gewinnen und halten**

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Attraktive Bedingungen über die gesamte wissenschaftliche Laufbahn bieten zu können, erfordert umfassende und zeitgemäße Konzepte der Personalpolitik, der Personalgewinnung und der Personalentwicklung. Die Organisationen bieten Entwicklungspfade für den wissenschaftlichen Nachwuchs an, auch zu Berufsfeldern außerhalb der Wissenschaft. Die Erhöhung der Repräsentanz von Frauen im Wissenschaftssystem, insbesondere in Führungspositionen, ist eine Daueraufgabe. Die Organisationen definieren weiterhin ambitionierte, aber realistische Zielquoten in organisationsspezifischen Kaskadenmodellen. Chancengerechte Strukturen und Prozesse, Diversität und Familienfreundlichkeit sind für die Erreichung dieser Ziele unabdingbar.

103

### **5. Infrastrukturen für die Forschung stärken**

104

105

106

107

108

109

110

111

Die strategische Planung und nachhaltige Finanzierung von Infrastrukturen (Bau und Betrieb), deren Öffnung für die Nutzung über die eigene Einrichtung hinaus sowie professionelles Management sind konstitutive Elemente der langfristigen Entwicklung von Forschungseinrichtungen. Die Bedarfe von Hochschulen und ihr wissenschaftlicher Input finden besondere Berücksichtigung. Um eine datengetriebene Wissenschaft zu ermöglichen, wird ein integriertes Forschungsdatenmanagement – auch durch eine aktive Beteiligung an der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur – ausgebaut.

112

113

114

115

Die Wissenschaftsorganisationen bieten auch in Zukunft kontinuierlich beste Bedingungen für herausragende Forschung. Dazu ist die Bewahrung der Betriebsfähigkeit von Infrastrukturen und Einrichtungen durch Instandhaltung und Pflege wichtige Voraussetzung.

II: **Organisationsspezifische Ziele** umreißen die Erwartungen von Bund und Ländern an **die strategische Weiterentwicklung der einzelnen Organisationen**. Diese spezifischen Ziele werden durch **eine erkennbare Priorisierung innerhalb der Budgets unterlegt**.

a. **Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)**

Die themenoffene Förderung von in der Wissenschaft bottom-up entstandenen Forschungsvorhaben ist Markenkern der DFG; es gilt, ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen Einzelförderung und koordinierter Förderung zu erhalten und das Förderportfolio für den wissenschaftlichen Nachwuchs noch attraktiver zu gestalten. Die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und-wissenschaftlern wird im Hinblick auf Schnittstellen und Verzahnungen überprüft. Die Förderung im positiven Sinne risikoreicher Projekte wird verbessert. Dazu kann die Erprobung neuer Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren dienen. Zudem wird die begonnene strukturelle Weiterentwicklung des Förderportfolios konsequent vorangetrieben. Standards zur guten wissenschaftlichen Praxis werden systemprägend an die aktuellen Entwicklungen angepasst und weiterentwickelt.

b. **Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)**

Die vielfältigen Instrumente und Formate der FhG werden strategisch noch deutlicher aufeinander bezogen. Sie werden intensiver als bisher zukünftige Bedarfe adressieren, um so Wege zu Innovationen primär für die Wirtschaft zu bereiten. Die FhG bringt ihre spezifische Expertise zur Stärkung des Transfers im gesamten Wissenschaftssystem ein – auch über den Technologietransfer hinaus. Die Erhöhung der Frauenanteile auf allen Karrierestufen, vor allem aber in Führungspositionen bleibt weiterhin vordringliche Aufgabe. Regionale Kooperationen - insbesondere im Hinblick auf Innovationen und Ausgründungen - werden stärker in den Fokus genommen. Dazu sind Regionalstrategien, auch mit Blick auf tragfähige Zukunftsperspektiven der Leistungszentren, die enge Kooperation mit Fachhochschulen am Standort und mit Unternehmen - insbesondere mit KMU - wichtige Voraussetzungen. Bei der Weiterentwicklung der Internationalisierungsstrategie hat der Mehrwert für das deutsche Innovationssystem Vorrang; hierbei kommt der FhG eine besondere Rolle bei der Bereitstellung von Technologien für die deutsche Wirtschaft in internationalen Märkten zu.

147 c. **Helmholtz-Gemeinschaft (HGF)**

148 Die Attraktivität der Standorte wird unter Einbeziehung der regionalen Partner aus  
149 Wissenschaft und Wirtschaft durch Campus-Masterpläne gesichert. Die Pro-  
150 grammorientierte Förderung wird konsequent weiterentwickelt und die Transfor-  
151 mationsprozesse in einzelnen Themengebieten und Zentren werden beschleu-  
152 nigt. Die Forschungsbereiche werden als zentrale Komponenten der Gemein-  
153 schaft gestärkt. Dazu werden neue Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in  
154 den Forschungsbereichen geschaffen, so dass diese deutlich sichtbarer werden.  
155 Sie können z. B. besonders dynamische Themen befördern, um innovative Ideen  
156 auszuprobieren und dem wissenschaftlichen Nachwuchs einen Raum außerhalb  
157 der langfristigen Programme zu geben. Die HGF trägt große Verantwortung bei  
158 der Bereitstellung großer Forschungsinfrastrukturen für die externe Nutzung aus  
159 Wissenschaft und Wirtschaft; dies gilt es weiter auszubauen und auch über neue  
160 innovative Formate von Forschungsinfrastrukturen nachzudenken. Die Gemein-  
161 schaft verstärkt ihre auf Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft gerichteten Aktivi-  
162 täten.

163 d. **Max-Planck-Gesellschaft (MPG)**

164 Die Anforderungen an eine moderne und international aufgestellte Wissen-  
165 schaftsorganisation sind in den letzten Jahren gestiegen. Die MPG nutzt vor die-  
166 sem Hintergrund ihre Strategiediskussion, um eine Weiterentwicklung ihrer  
167 Governance anzugehen. Darüber hinaus gilt es innerhalb der MPG attraktive Kar-  
168 rierepfade für den wissenschaftlichen Nachwuchs umsetzen, auch um Talente  
169 langfristig zu entwickeln und zurückzugewinnen. In Hinblick auf die Gewinnung  
170 von Wissenschaftlerinnen für Spitzenpositionen nutzt die MPG aufmerksam die  
171 Chancen im anstehenden Generationswechsel in den Institutsleitungen. Die Insti-  
172 tute und die MPG als Ganzes füllen verstärkt ihre Rolle als Partner der Hochschu-  
173 len in den Regionen und im Wissenschaftssystem insgesamt aus und beteiligen  
174 sich intensiver an Campus-Modellen. Die Institute bauen ihre Kooperationen aus,  
175 nicht nur mit Hochschulen und anderen außeruniversitären Forschungseinrich-  
176 tungen, sondern auch mit Wirtschaft und Gesellschaft.

177 e. **Leibniz-Gemeinschaft**

178 Herausragende, themenfokussierte Forschung mit gesellschaftlicher Relevanz,  
179 Vielfalt und Interdisziplinarität sowie die enge Zusammenarbeit mit den Hoch-  
180 schulen vor Ort sind die Stärken der Leibniz-Gemeinschaft. Um diese Eigenschaf-  
181 ten zu erhalten und auszubauen, ist auch zukünftig die auskömmliche und ver-  
182 lässliche Finanzierung der Institute zentral. Darauf aufbauend werden die Vernet-  
183 zungsinstrumente der Gemeinschaft gestärkt; durch den Ausbau von Instituten  
184 sowie [Bund: nachrangig] Neuaufnahmen wird ein organisches Wachstum ange-  
185 strebt. Die Gemeinschaft und die Institute werden als Inkubatoren für den Trans-  
186 fer in Wirtschaft und Gesellschaft - sichtbarer und wirkungsvoller und entwickeln  
187 dazu innovative Formate.

188 **[Bund: Gemeinsamer Strategieraum**

189 Der Strategieraum ist als ein gemeinsames Instrument von Bund und Ländern gedacht,  
190 mit dem die verteilten Stärken der Wissenschaftsorganisationen für wichtige forschungs-  
191 politische Ziele institutionenübergreifend gebündelt werden, um gemeinsame Neuentwick-  
192 lungen zu ermöglichen. In einem wettbewerblichen Verfahren sollen – die Vorgaben von  
193 Bund und Ländern ausfüllende – strategische Initiativen der Wissenschaftsorganisationen  
194 und ihrer Partner wie Hochschulen und Unternehmen gefördert werden, die über die Or-  
195 ganisationen hinaus wirken und maßgeblich zu einer Öffnung des Wissenschaftssystems  
196 beitragen. Sie sollen auch gleichberechtigte Partnerschaften zwischen den Wissen-  
197 schaftsorganisationen ermöglichen.

198 Eckpunkte der Ausgestaltung, des Entscheidungsverfahrens und der Finanzierung sind  
199 noch zu entwickeln.]

200 **Finanzierung**

201 Im PFI IV wird aus Sicht des Bundes [und der Länder] eine Steigerung der Budgets von  
202 mindestens 3% jährlich für fünf Jahre angestrebt. [Für den Bund sind dabei die Rückkehr  
203 zu den in den Ausführungsvereinbarungen zum GWK-Abkommen vereinbarten Bund-  
204 Länder-Finanzierungsschlüsseln und die schlüsseltgerechte Beteiligung der Länder an den  
205 Steigerungen unabdingbar.] [Die Länder sehen die 2020 erreichten Finanzungsverhält-  
206 nisse als gegebene Basis für gemeinsam finanzierte Aufwüchse an.]